



Metaller-Kundgebung in Untertürkheim. Bild: Privat

### Metaller-Demo bei Daimler

**Stuttgart/Waiblingen. „Eine Region steht auf“: Unter diesem Motto stand gestern eine Kundgebung der IG Metall vor der Daimler-Konzernzentrale in Untertürkheim. Unter den 3000 Teilnehmern waren auch Beschäftigte aus dem Rems-Murr-Kreis.**

Kundgebungen fanden gestern auch in Sindelfingen, Feuerbach, Geislingen und Bietigheim statt. Dem Aufruf der IG Metall Waiblingen zur Teilnahme folgten Beschäftigte der Firmen Bauer aus Welzheim und Bauknecht aus Schorndorf, von Stihl, von Bosch aus Waiblingen und Murrhardt sowie von AEG aus Winnenden. Am stärksten vertreten waren dabei dem Lautstärkepegel bei der Begrüßung zufolge Beschäftigte aus Waiblingen.

Die Angst vor einem möglichen Jobverlust war bei der Kundgebung allgegenwärtig. Ein Betriebsrat von Stihl in Waiblingen sagte: „Bis jetzt war das Klima in der Firma immer relativ gut. Es wurde immer ein relativ guter Interessenausgleich zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat zustande gebracht. Man muss auch als äußerst positiv bewerten, dass Stihl immer noch tarifgebunden ist. Auch der Umgang mit Praktikanten ist zum Beispiel als relativ verantwortungsvoll zu betrachten. Ohne Frage sind die Beschäftigten manch anderer Betriebe derzeit schlechter dran und müssen größere Sorgen um ihre Arbeitsplätze haben. Man kann Stihl mithin als Oase in sehr positivem Sinn bezeichnen. Allerdings wird die Lage zunehmend schwieriger.“ Denn die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise geht auch an der Firma Stihl nicht spurlos vorbei. Schließlich produziert Stihl zu rund 80 Prozent für den Export.

Auffällig: Die Beschäftigten waren vorsichtig mit negativen Äußerungen über den Arbeitgeber. Ein Betriebsrat von Stihl brachte seine Sorgen dann doch zum Ausdruck: „Noch sind wir in Deutschland, was Entlassungen betrifft, relativ gut dran. Ich habe aber die Befürchtung, dass die Zurückhaltung der Unternehmen diesbezüglich zumindest auch mit der Bundestagswahl im September zusammenhängt. Eine Entlassungswelle im Vorfeld der Wahl könnte zu einem von den Arbeitgebern ungewünschten Wahlergebnis führen. Ich befürchte, dass sich diese Zurückhaltung nach der Wahl legt. Sobald manche Unternehmen damit anfangen, Leute zu entlassen, werden andere Unternehmen nachziehen und dies nicht zuletzt mit dem gestiegenen Wettbewerbsdruck begründen. Ich befürchte einen regelrechten Dominoeffekt.“

Dieter Knauß, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Waiblingen, stellte seine Rede unter den Leitspruch: „Beschäftigung statt Entlassungen!“ Er verwahrte sich gegen die Gleichsetzung der derzeitigen Krise mit Tsunami- oder Monsterwellen: „Es waren keine Naturgewalten, die über uns hereingebrochen sind. Es war eine bewusste Ausrichtung der Wirtschaft und Gesellschaft auf den Finanzmarktkapitalismus.“ Knauß wies darauf hin, dass die Gewinn- und Vermögenseinkommen weltweit und besonders in Deutschland in den letzten Jahren extrem gewachsen seien. Hiervon hätten allerdings lediglich die Reichen profitiert, wohingegen erstmals in einer Hochkonjunkturphase das Realeinkommen der Arbeitnehmer gesunken sei. Die Konzentration der Wirtschaft auf Finanzgeschäfte müsse ein Ende haben, reale Arbeit müsse wieder den zentralen Stellenwert erhalten und die Liberalisierung der Finanzmärkte rückgängig gemacht werden. Knauß forderte, zur Rettung von Arbeitsplätzen Betrieben schnell und effektiv staatliche Gelder zur Verfügung zu stellen. Auch staatliche Beteiligungen dürften nicht ausgeschlossen werden: „Es ist unverständlich, dass das Engagement arabischer und chinesischer Staatsfonds an deutschen Unternehmen gefeiert, die Beteiligung des deutschen Staates zur Sicherung von Arbeitsplätzen dagegen verteufelt wird.“

Am Ende der Kundgebung stellte Moderator Uwe Meinhardt klar, dass der Aktionstag lediglich als Auftakt für weitere Aktionen gedacht sei. Ein älterer IG-Metaller meinte: „Das nächste Mal müssen wir nach der Veranstaltung wenigstens ein paar Runden in dem Kreisverkehr vor der Konzernzentrale drehen, um unseren Anliegen stärkeren Nachdruck zu verleihen. Aber in Deutschland sind die Arbeitnehmer so zurückhaltend. Es könnte die Revolution ausgerufen werden, und die Leute würden trotzdem erst noch ihre Fahrscheine lösen.“

Artikel vom: 14.05.2009

Artikel drucken...

Fenster schließen...